

# NIEDERSÄCHSISCHER LANDTAG

## VORLÄUFIGER STENOGRAPHISCHER BERICHT

60. Sitzung

Hannover, den 9. Sept. 1988

### INHALT:

Mitteilungen des Präsidenten . . . . . 1.106

Tagesordnungspunkt 32:

Fragestunde - Drs 11/2908 . . . . . 1.106

Frage 1:

Abg. Mönninghoff (Grüne) - Ende von "Glasnost" bei der  
Giftmüllbeseitigung . . . . . 1.107

Mönninghoff (Grüne) . . . . . 1.107 und 1.126  
Dr. Remmers, Umweltminister . . . . . 1.111 bis 1.127  
Frau Hammerbacher-Richter (Grüne) . . . . . 1.116  
Frau Dr. Dücker (Grüne) . . . . . 1.117  
Schörshusen (Grüne) . . . . . 1.122  
Adam (SPD) . . . . . 1.131  
Dr. Knies, Kultusminister . . . . . 1.132 und 1.136  
Mientus (SPD) . . . . . 1.136

Frage 2:

Abg. Adam, Auditor, Mientus, Mühe (SPD) - Jugendarbeit mit  
Computern . . . . . 1.131

Adam (SPD) . . . . . 1.131  
Dr. Knies, Kultusminister . . . . . 1.132, 1.136  
Mientus (SPD) . . . . . 1.136

Frage 3:

Abg. Dr. Riege (SPD) - "Wir in Niedersachsen" . . . . . 1.137

Dr. Riege (SPD) . . . . . 1.137  
Dr. Albrecht, Ministerpräsident . . . . . 1.138

Frage 5:

Abg. Trittin (Grüne) - Verwicklung niedersächsischer  
Sicherheitsorgane in Straftaten der neonazistischen Szene; hier:  
Nachfrage zur Großen Anfrage der Fraktion der Grünen . . . . . 1.141

Trittin (Grüne) . . . . . 1.141 und 1.152  
Hasselmann, Minister des Innern . . . . . 1.146 bis 1.153  
Jüttner (SPD) . . . . . 1.151  
Remmers, Minister der Justiz . . . . . 1.151  
Frau Alm-Merk (SPD) . . . . . 1.153

Frage 6:

Abg. Frau Alm-Merk (SPD) - Drogenkonsum im Haus III der  
Justizvollzugsanstalt Hannover . . . . . 1.153

Frau Alm-Merk (SPD) . . . . . 1.156 und 1.162  
Remmers, Minister der Justiz . . . . . 1.156 bis 1.176  
Fischer (Buxtehude) (FDP) . . . . . 1.167  
Dr. Hansen (Grüne) . . . . . 1.171  
Radloff (SPD) . . . . . 1.176

Zu Georgsmarienhütte habe ich beispielsweise sofort, als die ersten Überlegungen von Klöckner geäußert wurden, gesagt: Okay, ich komme dorthin und erläutere das den Bürgern. Nachher hat sich herausgestellt, daß der mögliche Betreiber und der Inhaber des Grundstücks, also Klöckner, das selber gar nicht weiterverfolgt, wahrscheinlich wegen des Widerstandes oder was weiß ich was. Da habe ich gesagt: Wofür renne ich dahin und mache dort eine Riesenversammlung, wenn sich nachher nicht einmal jemand findet, der einen Antrag stellt? Mit anderen Worten, in dieser Situation muß man doch sagen: Eine solche Auseinandersetzung, eine solche Information kann doch sinnvollerweise nur dann einsetzen, wenn man wirklich konkret etwas machen will und wenn das auch einen gewissen Reifegrad erreicht hat. Das sei einmal vorausgeschickt.

Nun zu den einzelnen Fragen. Zu 1: Die Antwort lautet schon deshalb nein, weil ich mich nicht erinnern kann, irgendwo nicht auf Widerstand gestoßen zu sein.

(Heiterkeit. - Zuruf von Trittin (Grüne).)

Zu 2: Die Gemeindeverwaltungen und Kommunalparlamente sind frühzeitig und umgehend informiert worden; wir werden dies auch in Zukunft tun. Noch vor wenigen Tagen ist hier am Rande des Plenums das gesamte Gemeindeparlament eines der in Frage kommenden Standorte bei mir gewesen; das Parlament, nicht die Verwaltung einer der Gemeinden.

Zu 3: Sie wissen, daß die Firma Preussag im Raum Oker/Harlingerode eine Anlage zur thermischen Behandlung von Sonderabfall errichten will. Für den Standort Papenburg/Dörpen hat die EWE vor kurzem eine konkrete Planungsabsicht geäußert. Daneben gibt es zur Zeit keine konkreten Planungen. Soweit mir über die genannten Standorte hinaus andere Standorte benannt worden sind, läßt sich zur Zeit noch nicht beurteilen, ob sie überhaupt ernsthaft in Frage kommen.

Aber ich sage Ihnen: Natürlich kommen bei mir unterdessen Meldungen von Gemeinden oder möglichen Betreibern ein, die hier oder dort gerne eine solche Anlage bauen würden. Aber solange das nicht einen gewissen Grad von Konkretheit erreicht hat, daß man darüber reden muß, werde ich diese Angebote hier auch nicht bekanntgeben.

(Zustimmung von Dr. Hruska (FDP).)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. - Bitte schön, Frau Abgeordnete Hammerbacher-Richter!

Frau Hammerbacher-Richter (Grüne):

Guten Morgen, Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Herr Minister, nur weil ich das immer noch nicht verstanden habe, frage ich: Stehen Sie denn zu Ihrem Wort, das Sie in Georgsmarienhütte öffentlich gegeben haben, daß, wenn die kommunalen Gremien sich gegen eine Verbrennungsanlage aussprechen, sie dort auch nicht gebaut wird? - Das war Frage Nr. 1.

Frage Nr. 2: Nachdem Sie eben gesagt haben, es wird hier und dort, an diesem und jenem Ort, natürlich gesucht und geplant und überlegt: Gibt es andere Orte im Raum Osnabrück, in denen in dieser Art und Weise gesucht und geplant wird, und, falls ja, welches sind unter diesen Orten diejenigen, die Ihr Ministerium mit Priorität als Standorte ins Auge faßt?

(Zustimmung bei den Grünen.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. - Bitte, Herr Minister!

Dr. Remmers, Umweltminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Hammerbacher-Richter, ich erinnere mich sehr genau an die Veranstaltung in Georgsmarienhütte, und ich weiß auch, daß ich dort gerade deshalb erheblicher Kritik ausgesetzt war, weil ich gesagt habe, daß ich in einem erheblichen Umfang durch argumentatives Vortragen des Anliegens, durch Zusammenarbeit, durch Informationsaustausch usw. bereit sei, die kommunalen Gremien zu berücksichtigen.

(Frau Hammerbacher-Richter (Grüne): Das ist ein Eiertanz!)

- Nein, das ist es nicht. - Ich habe aber immer gesagt, daß die Landesregierung letztendlich aus der Gesamtverantwortung für unser Land und aus der Bindung an die bonum-commune-Verpflichtung - das habe ich in Vorträgen gesagt; ich habe es auch schriftlich und kann es Ihnen geben - den Auftrag und die Verpflichtung hat, sich auch über regionale und örtliche Widerstände hinwegzusetzen und das Notwendige in der Entsorgungspolitik zu tun. In diesem Zusammenhang bin ich häufig schon kritisiert worden - das wissen Sie auch sehr genau -, weil ich - ich wiederhole das hier - gesagt habe: Es gibt in diesem Sinne keine Regionaldemokratie. Das bonum commune - das habe ich immer so definiert - ist nicht die Summe der Einzelinteressen, auch nicht die Summe der regionalen Interessen, sondern noch einmal etwas Eigenes, was gemessen werden muß am Gesamten des Landes.

(Zustimmung von Warnecke (CDU).)

Deswegen habe ich immer gesagt, auch in Georgsmarienhütte: Letztendlich muß ich, da es keine Regionaldemokratie gibt, aufgrund meiner Gesamtverantwortung solche Entscheidungen treffen.

(Frau Hammerbacher-Richter (Grüne): Das haben Sie später gesagt! In Georgsmarienhütte haben Sie diese Zusage gegeben! - Zuruf von Mönninghoff (Grüne).)

Zu Ihrer zweiten Frage hinsichtlich der Standorte im weiteren Umfeld von Osnabrück: Von unserer Seite gibt es keine konkreten Planungen hinsichtlich des Raumes Osnabrück, die über das hinausgehen, was ohnehin im Zusammenhang mit Georgsmarienhütte diskutiert worden ist. Daß es möglicherweise Unternehmer gibt, die sich Gedanken darüber machen und Vorüberlegungen anstellen, nach wie vor im Raum Osnabrück Entsorgungseinrichtungen zu planen, schließe ich nicht aus. Aber ich werde mich dazu erst äußern, wenn diese Planungen mir vorgetragen werden und wenn sie ein konkretes Stadium erreicht haben, insbesondere das letztere.

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. - Frau Abgeordnete Dr. Dücker!

Frau Dr. Dücker (Grüne):

Guten Morgen, Herr Präsident! Meine Herren und Damen! "Neue Offenheit" bezieht sich wahrscheinlich auf Gedächtnislücken. - Herr Minister, ich möchte Sie fragen: Ihr Mitarbeiter, Ministerialrat Eggerking, hat in dem Zeitungsinterview, das in unserer Anfrage zitiert wird, von zwei geplanten Giftmüllverbrennungsanlagen im Küstenbereich gesprochen.

Ich würde gern wissen, wie Sie die Differenz erklären, da Sie nur von einer sprachen. - Das war meine erste Frage.

Meine zweite Frage: Welches ist denn der von dem Ministerialrat erwähnte zweite Standort, den er auf keinen Fall verraten möchte?

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. - Herr Minister!

Dr. Remmers, Umweltminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Soweit ich weiß, gibt es über die angeblichen Aussagen von Herrn Eggerking, der ein von mir sehr geschätzter Mitarbeiter ist, nur diese Zeitungsnachrichten. Offizielle Äußerungen - gar schriftlicher Art - von Herrn Eggerking liegen nicht vor.

(Zurufe von den Grünen.)

Wenn in der Zeitung steht, Herr Eggerking solle gesagt haben, daß es zwei geplante Anlagen gebe, dann muß ich ganz ehrlich sagen, daß ich dem Zeitungsbericht insoweit nicht traue. Ich kann mir nur vorstellen, daß er genau das meint, was auch ich weiß und bestätigen kann, nämlich daß es zwei, unterdessen sogar drei mögliche Standorte gibt, bei denen Gemeinden oder mögliche Betreiber in Form einer Art Voranfrage gefragt haben, ob sie als Gemeinde oder als Firma auf dem und dem Gelände eine solche Anlage errichten könnten, wenn sich das anderswo nicht als möglich erweist. Selbst wenn Herr Eggerking das als Planung bezeichnet haben sollte, was ich nicht vermute - aber das sei dahingestellt -, würde ich das nicht als Planung bezeichnen.

In diesem Zusammenhang muß ich Ihnen eines sagen: Wenn sich ein Mitarbeiter meines Hauses in eine öffentliche Diskussion begibt und dort unsere Argumentation vorträgt, dann können Sie nicht hinterher versuchen, mich aufgrund von Zeitungsberichten auf etwas festzunageln. Letztlich sagt der Minister verbindlich, was für das Haus entscheidend ist, was wir planen und was wir nicht planen, was wir wissen und was wir nicht wissen.

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön.

Wir können doch nicht sagen: "Wir stehen kurz vor einem Entsorgungsinfarkt." und gleichzeitig sagen: "Weil die Entsorgungseinrichtung nur nach BImSchG genehmigt ist, können wir sie auf die Dauer nicht nutzen."

(Zustimmung von Gansäuer (CDU).)

Deshalb habe ich auch dem Bundesumweltminister geschrieben: Denk doch einmal - - -

(Zuruf von Mönninghoff (Grüne).)

- Bitte?

(Mönninghoff (Grüne): Stade kriegt jetzt da oben die gleiche Funktion wie Hoheneggelsen?)

- Ach, wissen Sie, Ihre Bewertungen können Sie ja ruhig propagieren. Es sind nicht meine. Außerdem halte ich sie für falsch.

Wollen Sie mir verbieten, daß wir über so etwas nachdenken, daß wir Gespräche darüber führen, wie wir solche Kapazitäten, wenn sie denn da sind, sinnvoll nutzen können? Wollen Sie mir das untersagen?

(Zustimmung von Dr. Hruska (FDP). - Schörshusen (Grüne): Gibt es denn schon Anträge?)

- Nein.

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. - Herr Abgeordneter Mönninghoff!

Mönninghoff (Grüne):

Herr Minister, Sie haben vorhin wörtlich gesagt, daß Ihnen Gemeinden Meldung gemacht hätten, daß sie auf ihrem Gemeindegebiet gern Anlagen haben wollten.

(Gansäuer (CDU): Und Betreiber!)

- Er hat "Betreiber und Gemeinden" gesagt!

(Gansäuer (CDU): Ja eben!)

Herr Minister, welche Gemeinden haben Ihnen diese Meldung gemacht? Denn nach den uns vorliegenden Auskünften gibt es kein Kommunalparlament, das eine Gemeindeverwaltung zu einer solchen Meldung an das Umweltministerium ermächtigt hat.

(Gansäuer (CDU): Haben Sie Pfropfen in den Ohren? Sie kriegen darauf keine Antwort!)

Zweite Frage: Herr Minister, Sie haben vorhin wiederholt gesagt, Sie hätten diese Zusage nicht gegeben, daß Sie gegen kommunale Beschlüsse Anlagen nicht durchsetzen würden. Da Sie genau in Georgsmarienhütte und in Emden, als Sie sicher waren, den Standort dort durchsetzen zu können, diese Zusage eindeutig gegeben haben, frage ich Sie: Stehen Sie noch zu der Zusage, oder ist das so ein Ehrenwort, das man zurückzieht, wenn es nämlich nicht zu gebrauchen ist?

(Schlotmann (CDU): Warum schreien Sie eigentlich immer so?)

Präsident Dr. Blanke:

Bitte schön, Herr Minister!

Dr. Renmers, Umweltminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich beginne mit der zweiten Frage. Ich kann hier nur noch einmal bestätigen - das wird auch Herr Bruns bestätigen; ich weiß nicht, ob er gerade da ist -: Ich habe in Emden in der Tat gesagt: Also Leute, wenn ihr das nicht wollt, dann werde ich das auch berücksichtigen.

(Mönninghoff (Grüne): Und Georgsmarienhütte?)

- Nein. In Georgsmarienhütte habe ich mich - schon gewitzt durch die Erfahrungen mit Emden - in dieser Hinsicht von vornherein behutsamer ausgedrückt.

Daß ich im Endeffekt aus meiner Verantwortung für das Gesamte des Landes entscheiden können muß, weil der Auftrag auch so ist, ist eine ganz eindeutige Sache. Dieser Auffassung bin ich immer gewesen. Sie wollen im Grunde genommen verhindern, daß der Umweltminister im Hinblick auf die notwendigen Entsorgungskapazitäten zu Rande kommt.

(Zustimmung bei der CDU. - Zustimmung von Dr. Hruska (FDP). - Zuruf von Frau Hammerbacher-Richter (Grüne).)

Beginn: 9.01 Uhr.

Präsident Dr. Blanke:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 60. Sitzung im 22. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 11. Wahlperiode. Ich begrüße die Mitglieder des Hauses und die Vertreter der Presse, die dem Präsidium zu so früher Stunde bereits die Freude ihrer Anwesenheit machen. Es werden sicherlich noch mehr werden.

Zur Tagesordnung habe ich Ihnen folgendes mitzuteilen: Wir beginnen die heutige Sitzung mit der Fragestunde, also mit Tagesordnungspunkt 32. Danach folgt die Fortsetzung der Beratung des Punktes 3 - Eingaben -, und zwar die Behandlung der strittigen Eingaben. Dann erledigen wir die Tagesordnungspunkte ab Punkt 33 in der Reihenfolge der Tagesordnung. Ich weise an dieser Stelle noch einmal darauf hin, daß der Punkt 39 vorgestern von der Tagesordnung abgesetzt worden ist. Bei Ausschöpfung der vom Ältestenrat für die einzelnen Tagesordnungspunkte festgesetzten Maximalredezeiten wird die Sitzung heute gegen 18.30 Uhr enden.

An die rechtzeitige Rückgabe der Reden an den Stenographischen Dienst wird erinnert.

Es folgen geschäftliche Mitteilungen durch eine der beiden Schriftführerinnen. Bitte schön!

Schriftführerin Stoll:

Von der SPD-Fraktion hat sich der Abgeordnete Schultze entschuldigt.

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. - Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 32 auf:

Fragestunde - Drs 11/2908

Die Frage Nr. 4 ist im Einvernehmen mit dem Fragesteller durch die Beantwortung der Dringlichen Anfrage in der Drucksache 2927 erledigt. Die Frage 12 ist durch die Beantwortung der Dringlichen Anfrage in der Drucksache 2909 ebenfalls erledigt. Ich stelle fest, daß es 9.02 Uhr ist.

Ich rufe die erste Frage auf. Sie wird gestellt vom Abgeordneten Mönninghoff zum Thema

Ende von "Glasnost" bei der Giftmüllbeseitigung

Bitte schön!

Mönninghoff (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Guten Morgen!

(Zurufe von den Grünen: Guten Morgen!)

Umweltminister Remmers hat nach seinem Amtsantritt vor zwei Jahren zugesichert, daß die Zeit der Heimlichkeiten vorbei sei und daß er unter anderem zukünftig die Bevölkerung betroffener Regionen in die Entscheidungsfindung für neu zu errichtende Giftmüllbeseitigungsanlagen einbeziehen werde. Nachdem diese Öffentlichkeitsbeteiligung bei den beiden geplanten Giftmüllverbrennungsanlagen in Emden und Georgsmarienhütte dazu geführt hat, daß diese Anlagen nicht durchsetzungsfähig waren, soll nun die Öffentlichkeitsbeteiligung zukünftig geändert werden.

In einem Zeitungsinterview teilte der zuständige Referent im Umweltministerium, Klaus Eggerking, Ende Mai mit: "Nach den bisherigen Methoden bekommen wir nie einen Verbrennungssofen. ... Wir müssen künftig anders vorgehen ..." Zukünftig sollen in Geheimverhandlungen mit den privaten Betreibern einer Verbrennungsanlage und der betroffenen Gemeindeverwaltung vorab wichtige Punkte geklärt werden. Erst wenn das Planfeststellungsverfahren beginnt, soll künftig die Öffentlichkeit zu ihrem Recht kommen.

Als Auswirkung aus diesem veränderten Verhalten will der Ministerialbeamte "auf keinen Fall verraten", welche zwei neuen Standorte in der Küstenregion vorgesehen sind. Das Einvernehmen mit den Gemeindeverwaltungen besteht in beiden Fällen angeblich, und nach Auskunft des Ministeriums fehler, lediglich noch private Betreiberfirmen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wird "die neue Offenheit" vom Niedersächsischen Umweltminister nur angewendet, wenn das Ministerium seine Pläne widerstandslos umsetzen kann?
2. Warum werden neben den Gemeindeverwaltungen nicht auch die Kommunalparlamente der betroffenen Gemeinden über die Details der Standortplanung umgehend informiert?
3. Welches sind die zwei ins Auge gefaßten Standorte für Giftmüllverbrennungsanlagen an der Küste, die das Ministerium "auf keinen Fall verraten" will?

(Beifall bei den Grünen.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. - Die Frage wird beantwortet vom Herrn Umweltminister.

Dr. Remmers, Umweltminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Frage des Kollegen Mönninghoff wie folgt: Um es gleich vorweg zu sagen: An der offenen Informationspolitik des Umweltministers wird sich nichts ändern.

(Zurufe von den Grünen.)

- Ich betone: Es wird sich gar nichts ändern. Im übrigen macht man natürlich seine Erfahrungen.

(Bruns (Emden) (SPD): Genau!)

Wenn ich nämlich in den vergangenen zwei Jahren vor Ort gegangen bin und gesagt habe, nun laßt uns einmal darüber reden, ob wir hier nicht eine Anlage bauen können, dann habe ich zu hören bekommen: Mach erst mal eine richtige Planung, dann reden wir darüber. Wenn man aber mit einer nur halbwegs konkreten Planung vor Ort geht, heißt es: Er will nicht mit uns diskutieren, er hat die Pläne schon fertig.

(Schröder (SPD): Mir kommen die Tränen!)

Das ist die Situation, in der man sich befindet. Man muß also - dies scheint mir auch richtig zu sein - einen vernünftigen Mittelweg gehen. Das heißt, im Vorfeld der Entscheidung eines möglichen Trägers oder Betreibers muß man doch wohl zunächst klären, was für eine Anlage man denn überhaupt plant und ob sie in die bestehenden Planungen und Konzepte der Landesregierung paßt. Wenn sich die Planungsabsichten so weit konkretisiert haben, habe ich dann auch die Möglichkeit, die Bürger und Stellen vor Ort zu informieren und die Diskussion sachgerecht zu führen. Das, was Gegenstand der Darlegungen eines der Mitarbeiter aus meinem Hause war, wenn ich das hier einmal einfügen darf, ist genau dieser Sachverhalt gewesen.

(Frau Dr. Dückert (Grüne): Ich hatte noch eine zweite Frage!)

- Das war die Wiederholung der Frage 3.

Dr. Remmers, Umweltminister:

Ich habe vorhin gesagt: Wenn solche Vorgespräche stattfinden, bei denen es gut sein kann, daß man nach acht Tagen sagt, aus den und den Gründen verwerfen wir das wieder, werde ich doch nicht überall einen Flächenbrand anfachen. Das ist doch Wahnsinn! Ich denke gar nicht daran.

(Zustimmung bei der CDU.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. - Herr Abgeordneter Schörshusen!

Schörshusen (Grüne):

Herr Minister Remmers, was wissen Sie über die Absicht des Chemiekonzerns Dow Chemical, die betriebseigene Giftmüllverbrennungsanlage in Stade erheblich zu erweitern? Inwieweit gibt es hierzu schon Anfragen bei Ihrem Ministerium oder gar Anträge von dieser Firma?

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. - Wenn ich den Herrn Minister richtig verstanden habe, will er, solange die Planungen nicht soweit sind, hierzu nichts bekanntgeben. Ich bitte das bei weiteren Fragen zu berücksichtigen. Wir können natürlich jetzt für alle möglichen Orte Einzelabfragen machen. Aber andere wollen auch noch Fragen stellen. - Bitte, Herr Minister!

Dr. Remmers, Umweltminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu Dow Chemical kann ich ganz klar folgendes - - -

(Schörshusen (Grüne): Was wissen Sie dazu?)

- Soll ich es sagen, oder nicht?

(Frau Hammerbacher-Richter (Grüne): Wissen Sie etwas?)

- Natürlich weiß ich etwas.

(Gansäuer (CDU): Er hat doch gefragt! Jetzt will er antworten!)

- Ich will ja antworten. Oder wollen Sie die Antwort geben, Herr Schörshusen? Dann sagen Sie es doch!

(Schörshusen (Grüne): Es hörte sich so an, als wenn Sie nichts sagen wollten!)

- Warten Sie doch erst einmal ab! Da können Sie mal sehen: Es hörte sich so an, als wenn ich nichts sagen wollte.

Ich kann Ihnen folgendes klipp und klar sagen: Dow Chemical hat von Anfang an eine Strategie betrieben, zumindest für die eigenen Abfälle Entsorgungseinrichtungen zu schaffen und auch eine Hochtemperaturverbrennungsanlage zu bauen. Das ist völlig normal. Das gibt es bei anderen Firmen auch. 600 oder 800 m von meiner eigenen Wohnung entfernt steht auch eine Verbrennungsanlage, die auf dem Gelände der Emsland-Raffinerie neu errichtet worden ist. Soweit ich weiß, baut Dow Chemical bereits. Das Vorhaben ist nach BImSchG genehmigt. Das heißt, es ist nur für die eigene Entsorgung bestimmt.

Ich füge hinzu, daß ich schon vor eineinhalb Jahren mit einem der Chefs von Dow Chemical darüber gesprochen habe, ob man nicht auf längere Sicht darüber nachdenken könnte, solche Einrichtungen - insbesondere dann, wenn wir in einen Entsorgungsengpaß geraten - auch für die Entsorgung Dritter, also fremder Firmen, zu nutzen, was ich im Prinzip hier wie anderswo für notwendig hielte.

- Sehen Sie, genau! - Sie wollen gewissermaßen das, was aus der Tatsache des Nichtstuns erwächst, Frau Hammerbacher-Richter, und das halte ich für schlimmer, als wenn wir etwas tun, auch wenn man über das eine oder andere nachdenken kann. Das sind die Schäden

(Frau Hammerbacher-Richter (Grüne): Herr Remmers, das verantworten Sie, weil Sie Vermeidungsstrategien nicht vorantreiben!)

und die Altlasten für morgen, wenn jetzt nichts getan wird. Sie wollen mich daran hindern, und deswegen versuchen Sie, mich in diese Richtung zu drängen.

Warum kritisiert man eigentlich einen Umweltminister, der im ersten Anlauf fair versucht hat, in Form einer Kooperation in Emden die Dinge klarzuziehen, der dann einem Beschluß auch des Unterbezirksverbandes der SPD gegenüberstand und der schließlich gesagt hat: "Okay, du bist da im Wort, und im übrigen kannst du gegen die ganze SPD in Ostfriesland eh nichts ausrichten."? - Darauf haben wir gesagt: Suchen wir eine andere Lösung.

(Zuruf.)

- Ja, Udo, ob das vor der Geschichte noch einmal verantwortbar ist, das überlasse ich den ostfriesischen SPD-Abgeordneten.

(Zustimmung bei der CDU.)

Man sollte doch nicht den Versuch eines Umweltministers kritisieren, mit demokratisch fairer Methode den Kooperations- und Diskussionsprozeß so weit zu treiben, wie es irgend geht. Wenn er dann sagt, daß er letztlich seiner Verantwortung entsprechend handeln muß, dann ist dies auch notwendig, und das hat mit Ehrenwort überhaupt nichts zu tun. Ich habe fair versucht, zunächst einmal mit sehr weitgehendem Entgegenkommen die Dinge kooperativ zu lösen.

Nun noch eine Wort zu den Gemeindestandorten, nach denen hier noch einmal gefragt worden ist. Ich weiß nicht, wer die Frage gestellt hatte. Herr Mönninghoff, Sie doch! Es ist ja interessant, daß Sie immer schon reden, wenn man hier noch die Antworten gibt. Sie haben gefragt, welche Gemeinden das beantragt hätten oder ob das nur die Verwaltungen gewesen seien. Das ist sehr unterschiedlich. Es gibt Gemeinden, von denen sich der Gemeindedirektor gemeldet hat. Es gibt Gemeinden, von denen sich der Gemeindedirektor und der Bürgermeister gemeldet haben. Es gibt aber auch Gemeinden, von denen sich nicht nur der Gemeindedirektor und der Bürgermeister gemeldet haben, sondern auch zahlreiche Politiker von den kommunalen Fraktionen - meistens von den Mehrheitsfraktionen, und zwar sowohl von der einen als auch von der anderen großen Partei in unserem Lande - haben sich bei mir gemeldet. Ich muß sagen, daß ich es für normal halte, daß eine Kommune sagt: Ich gehe da einmal hin und frage, wie es da aussieht. Was wollt ihr denn? Wäre das nicht auch etwas für uns? - Das ist doch Politik! Was haben Sie denn für eine Vorstellung von normaler Kommunalpolitik? Das hat doch nichts mit Parteien zu tun, abgesehen von so realitätsfernen Leuten wie den Grünen. Die SPD ist aber bei mir gewesen, und auch die CDU ist bei mir gewesen.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. - Die Frage des Abgeordneten Trittin ist erledigt.

Wir kommen nunmehr nach 24 Minuten zur zweiten Frage. Sie wird gestellt von den Abgeordneten Adam und Kollegen zum Thema

Jugendarbeit mit Computern

Bitte schön!

Adam (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gemeinsam mit meinen Kollegen Auditor, Mientus und Mühe stelle ich folgende Frage:

Computer gehören heute zur Lebens- und Erfahrungswelt vieler Jugendlicher. Für die berufliche Qualifikation sind heute in vielen Fällen Computarkenntnisse sinnvoll oder sogar erforderlich.

In Schulen wird bereits mit Computern gearbeitet. Dennoch bleiben der Zugang Jugendlicher zu Computern und damit ihre späteren beruflichen Chancen unterschiedlich. Gerade